

II. BERICHTE

II. 1. Universität Kiel ehrt Kriegsverbrecher - Erich Raeder Ehrendoktor und Geldgeber

Nazi-Opfern wurden Ehrungen verweigert, über die Annahme einer Stiftung Werner Catels, der als Euthanasie-Gutachter im Dritten Reich mindestens 5.000 Kinder in den Tod schickte, wurde seitens der Universitäts-Leitung monatelang gefeilscht und als Krönung die erst jetzt durch Zufall bekanntgewordene Tatsache, daß die Kieler Universität seit bald 30 Jahren Geld von einem Manne nimmt, der als Kriegsverbrecher bei den Nürnberger Prozessen zu lebenslanger Haft verurteilt wurde.

Gemeint ist Erich Raeder, ehemaliger Großadmiral und treuer Paladin des Führers. Er war Ehrenbürger der Stadt Kiel, was ihm 1945 wieder aberkannt wurde. Er ist immer noch Ehrendoktor der Philosophischen Fakultät, und aus den Zinsen seines Vermögens fließen immer noch Gelder an das Historische Seminar der Universität. In den beiden letzten Jahren fast 4.000 DM!

Soviel in Stichworten, jetzt der Reihe nach:

Der Fall Schücking

1982 gab es in Anbetracht des nahenden 50. Jahrestages der nationalsozialistischen Machtergreifung eine studentische Initiative, die die Opfer der nationalsozialistischen Machtergreifung an der Kieler Universität mit einer Stiftung ehren wollte. Die Stiftung sollte verdienstvolle Forschungsarbeiten auf dem Gebiete der Geschichte und der Herrschaftsweise des Nationalsozialismus fördern. Benannt werden sollte sie nach dem Völkerrechtler Prof. Schücking, der die Universität 1933 verlassen mußte (wie viele seiner Kollegen in Kiel!). Der Sohn Schückings - ein ehemaliger CDU-Landrat - unterstützte das Vorhaben mit großem Engagement. Für eine Stiftungsbroschüre - einige Exemplare sind noch im ASTA der Kieler Universität (Westring 212, 2300 Kiel 1) zu haben - schrieb Kiels Oberbürgermeister ein Grußwort. Das Studentenparlament bewilligte als Stiftungskapital einstimmig 5.000 DM.

Dem Stiftungsrat sollten u.a. drei Professoren der Universität angehören sowie - allgemein bei solchen Stiftungen usus - der Präsident (heute: Rektor). Jener hatte den Initiatoren aber schon sehr schnell mitgeteilt, daß sich die Universitätsleitung mit einer solchen Stiftung nicht "identifizieren" könne. Auf der Senatssitzung, die über die Gründung beschließen mußte, kam es dann auch zu einer einhelligen Ablehnung mit Hilfe der erdrückenden Mehrheit der Professoren (Unter den Ablehnern u.a. Professor Kaltefleiter). Abgelehnt wurde die Stiftung mit folgender Begründung: sie sei "politisch einseitig". Die enge Begrenzung der Stiftungszwecke auf die Zeit des Nationalsozialismus werde der Tatsache nicht gerecht, daß die Freiheit der Universität auch zu anderen Zeiten gefährdet gewesen sei. Explizit verwiesen wurde auf aufgeregte Tomatenwürfe der 68er - als ob die Leiden der Opfer von 1933 damit vergleichbar wären! Bundesweit gab es nach der Ablehnung einen riesigen Pressewirbel - Frankfurter Rundschau, NDR, alle Landeszeitungen etc. befaßten sich mit der Sache. Der damalige Landtagsvizepräsident Kurt Hamer schrieb an

den Universitätspräsidenten: "Welche Vorgänge in Deutschland, welche Vorgänge an der CAU [Christian Albrechts Universität Kiel, die Verf.] vorher und nachher sind denn in eine Linie zu bringen und auf eine Ebene zu stellen mit denen, die im Zusammenhang stehen mit Aufkommen und Herrschaft der NS-Diktatur? Für welche Angehörigen soll denn der Name Walter Schückings stellvertretend stehen außer für die Opfer des Nationalsozialismus? Ich wüßte keine, die vorher in einer vergleichbaren Situation gestanden hätten, und ich wüßte schon gar keine, die nach 1945 ein gleiches Schicksal erlitten hätten."

In der von Kieler Hochschuldozenten herausgegebenen Zeitung "Semester" hieß es u.a.: "Wie politisch blind müssen diejenigen sein, denen es gelingt ... Auschwitz und Tomatenwürfe auf eine Ebene zu bringen."

Der Fall Catel

1984 verhandelte die Leitung der Universität Kiel fast ein halbes Jahr mit dem Testamentsvollstrecker Werner Catels über die sog. "Werner-Catel-Stiftung". Eine fertig ausgearbeitete Stiftungssatzung wurde präsentiert und manche Herren an verantwortlicher Stelle schienen keine Skrupel zu haben, mit Catel einen Mann zu ehren, der durch seine Gutachten in der NS-Zeit tausende von Kindern in den Tod schickte und der 1960 erst nach starkem Druck aus der Öffentlichkeit seinen Posten als Direktor der Kieler Universitäts-Kinderklinik und Professor für Kinderheilkunde aufgab (1947 war Catel entnazifiziert worden ...). 1981 starb Catel und jener Universitätspräsident, der die Ablehnung der Schücking-Stiftung betrieb (und der auch 1984 noch im Amt war) bescheinigte Catel in einer Todesanzeige, "in vielfältiger Weise zum Wohle kranker Kinder beigetragen" zu haben. Bescheinigt wurde ihm eine von "hohem sittlichen Verantwortungsbewußtsein geprägte ärztliche Persönlichkeit".

Die Pläne für diese Stiftung wurden vom Allgemeinen Studentenausschuß veröffentlicht und lösten Reaktionen weit über die Bundesrepublik hinaus aus. In einer dramatischen Sitzung des Präsidiums fiel dann die Entscheidung gegen die Stiftung - offenbar gab es seitens des Kultusministeriums, daß die politische Dimension einer pro-Catel-Entscheidung fürchtete, entsprechende Interventionen. Auf der Senatssitzung, die das Stiftungsangebot formal ablehnte, gab es dann durch das Präsidium eine großangelegte Hatz gegen die studentischen Juso-Vertreter, die durch das Veröffentlichen die Pläne durchkreuzt hatten, eine Catel-Stiftung zu installieren. Wegen Bruchs der Schweigepflicht wurde mit Anträgen gedroht, die studentischen Vertreter auszuschließen. Man kennt es aus der jüngeren Geschichte des Landes Schleswig-Holstein: schuldig sind die, die einen Skandal aufdecken!

Nach diesen beiden Vorfällen herrschte dann längere Zeit ein eisiges Verhältnis zwischen der Universitätsleitung auf der einen und dem Vertreter des Juso-ASTA auf der anderen Seite. Was damals noch nicht bekannt war, und was insbesondere die Ablehnung der Stiftung für Walter Schücking in ein neues Licht wirft, ist der dritte Punkt:

Der Fall Raeder

1925 wurde Erich Raeder als Vizeadmiral Chef der Marinestation der Ostsee. Ein Jahr später erhielt er für sein Werk "Der Kreuzerkrieg in ausländischen Gewässern" die Ehrendoktorwürde der Philosophischen Fakultät der Universität Kiel. Raeder schrieb dazu später in seinen Lebenserinnerungen: "Die Auszeichnung bezog sich nicht allein auf meine Person, sondern es war für mich Genugtuung, daß ein Werk, in dem die Leistungen unserer Auslandskreuzer und ihrer Besatzungen in einem aussichtslosen Kampfe dargestellt wurden, als Gegenstand für eine so außergewöhnliche Anerkennung genommen wurde. Ich sah darin nach manchen unerfreulichen Erscheinungen der ersten Nachkriegszeit ein wertvolles Zeugnis dafür, daß der Gedanke der Aufopferung fürs Vaterland wieder eine angemessene Wertung erfuhr." Ehrendoktor der Universität ist Erich Raeder auch heute noch. Seit 1935 war Raeder Oberbefehlshaber der Kriegsmarine und 1937 einer der Teilnehmer an der Geheimkonferenz Hitlers vom 5. November, auf der dieser seine Aggressionspläne enthüllte.

Nach den Exil-Berichten der SPD, die bis 1940 regelmäßig erschienen, spielte Raeder während des spanischen Bürgerkrieges eine entscheidende Rolle: "Die Beratungen gingen um die Frage, wie die deutsche und italienische Intervention verteilt werden sollten. Bei den Beratungen der deutschen Regierung gab es zwei Gruppen. Die eine ... widerstrebte einer Verstärkung der Intervention, die andere, zu der Göring und Raeder gehörten, drängte auf verstärktes, rücksichtsloses Eingreifen. Die Gruppe Göring-Raeder setzte sich durch."

1939 äußerte Raeder sich auf dem Heldengedenktag: "Das deutsche Volk hat den aus dem Geist des deutschen Frontsoldaten geborenen Nationalsozialismus zu seiner Weltanschauung gemacht und folgt den Symbolen seiner Wiedergeburt mit ebenso heißer Liebe wie fanatischer Leidenschaft der klaren schonungslosen Kampfansage an den Bolschewismus und das internationale Judentum, deren völkervernichtendes Treiben wir zur Genüge am eigenen Volkskörper zu spüren bekommen haben." Im selben Jahr wurde Raeder zum Großadmiral ernannt. Nach Meinungsverschiedenheiten mit Hitler nahm er 1943 seinen Abschied, wobei er in den Ruhestand den Titel eines Admiral-Inspektors mitnahm. Ungefragt versicherte er dann dem Führer nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 seine Ergebenheit.

1945 wurde Raeder die 1934 gemeinsam mit Hitler verliehene Ehrenbürgerwürde Kiels aberkannt. Bei den Nürnberger Prozessen wurde er als Kriegsverbrecher zu lebenslanger Haft verurteilt, u. a. wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und der Vorbereitung eines Angriffskrieges. Er blieb allerdings Ehrendoktor der Kieler Universität. Das sollte er später noch zu danken wissen.

Mitte der 50er Jahre unternahm im Kieler Rathaus dann der sog. "Kieler Block" (CDU, FDP, GB/BHE und SHB) den Versuch, die Ehrenbürgerwürde Raeders wieder aufleben zu lassen. Angeblich sei die Ehrenbürgerwürde im Rechtssinne nie aufgehoben gewesen. Die SPD setzte sich für die von ihr 1945 durchgesetzte Aberkennung ein, warb mit 70.000 Flugblättern für ihre Position und teilte der Presse gegenüber u. a. mit: "Daß der Versuch gemacht wurde, diese Ehrenbürgerschaft auf eine fast lautlose Art

wiederherzustellen, macht den Vorgang nicht weniger gefährlich, sondern nur noch erregender. Die SPD ... protestiert leidenschaftlich gegen den Versuch, mit formal-juristischen Argumenten politisch restaurative Tatbestände zu schaffen."

Insbesondere die Presse Skandinaviens wandte sich leidenschaftlich gegen eine quasi Rehabilitierung Raeders. So hieß es in "Politiken", der größten bürgerlichen Zeitung Dänemarks, u.a.: "Einer der Punkte, für die Großadmiral Raeder verurteilt wurde, war, daß er die Initiative ergriffen hatte, um Hitler zum Abgriff auf Dänemark und Norwegen zu überreden. Die Stadt, in der er nun Ehrenbürger ist, pflegt jedes Jahr 'Nordische Woche' abzuhalten. Hoffentlich ist aber doch so viel Anständigkeit übriggeblieben, daß man in Zukunft von diesen 'Wochen' absieht."

Raeder selbst verzichtete schließlich auf die Ehrenbürgerschaft. 1955 wurde er aus "humanitären" Gründen aus der Haft in Spandau entlassen. Er erhielt eine für die Zeit sehr hohe Pension von 2.246 DM monatlich, was die SPD zu der rechtlich möglichen Forderung brachte, die Pension zumindest zu kürzen, da Raeder "immerhin zu den Paladinen des Dritten Reiches gehörte und als Mitglied des geheimen Reichskabinetts ein gerütteltes Maß an den verbrecherischen Angriffsvorbereitungen Hitlers" trug.

1959 verfügte Raeder in seinem Testament dann, daß aus den Zinsen seines Geldes jährliche Zuwendungen an das Historische Seminar der Kieler Universität fließen sollten. Ein Jahr später starb er. Die Trauerrede bei seiner Beerdigung in Kiel hielt Großadmiral a. D. Dönitz persönlich.

Obwohl die Auseinandersetzungen um die Ehrenbürgerschaft Raeders wenige Jahre zuvor weit über die Bundesrepublik hinaus für Aufsehen gesorgt hatten, nahm die Universität die Gelder Raeders an und verwaltete sie seit der Zeit! Es ist (noch) nicht bekannt, ob das damals überhaupt der Öffentlichkeit mitgeteilt wurde. In den Zeitungen jener Zeit (Kieler Nachrichten und Schleswig-Holsteinische Volkszeitung) finden sich keine Hinweise auf eine mögliche Presseerklärung oder Bekanntgabe. In diesem Zusammenhang sollte man daran denken, daß in jene Jahre auch die Auseinandersetzungen um die Professur Werner Catels an der Universität fielen. Ob eine größere Publizität der Verfügung Raeders der Universitätsleitung wohl nicht opportun erschien?

In einem im März 1988 geführten Gespräch mit dem Dekan der Philosophischen Fakultät (Prof. Dr. Salewski vom Historischen Seminar), ergab sich übrigens, daß es seiner Erinnerung nach durchaus einmal Diskussionen über die Ehrendoktorwürde Raeders an der Universität gab. Genaues sei ihm aber nicht bekannt. Bekanntlich wurde Raeder die Ehrendoktorwürde aber nicht aberkannt. Salewski mutmaßte denn auch, daß die testamentarische Verfügung Raeders eventuell eine Art Anerkennung dafür gewesen sei. Im übrigen hielt der Dekan aber eine Diskussion nach so langer Zeit für nicht mehr opportun. Man solle nicht das wieder aufführen, was seit bald 30 Jahren Praxis sei. Im übrigen sei Raeder subjektiv ein honoriger Mann gewesen, der im Grunde in die ganze Sache hineingezogen worden sei. Natürlich könne man sich über Raeder streiten, aber nach 30 Jahren sei das doch nicht mehr sinnvoll.

Dieser Standpunkt ist völlig falsch. Es hätte schon 1960 eine Diskussion über die Gelder Raeders - mit denen Bücher für

das Historische Seminar angeschafft wurden - geben sollen. Das dieses nicht passierte und (aus welchen Gründen auch immer) versäumt wurde, kann kein Argument dafür sein, die Diskussion nicht jetzt zu führen. Man muß fragen, warum die Kieler Universität 1960 dazu kam, Gelder Raeders anzunehmen und wie sie es immer noch moralisch verantwortet, weiterhin Gelder aus der Raeder-Stiftung zu nehmen. Diese Fragen muß die Universität eben 1988 beantworten, wenn sie denn offenbar 1960 nicht gestellt wurden!

Eine Akteneinsicht in die Unterlagen der Philosophischen Fakultät aus der in Frage kommenden Zeit wurde den studentischen Vertretern vom Dekan bisher verweigert. Im übrigen ist es für einen Historiker wie Prof. Dr. Salewski schon abenteuerlich, wenn er mit dem Argument, die Sache sei doch schon 30 Jahre her, eine Diskussion über die Angelegenheit für überflüssig hält. Womit befaßt er sich als Historiker denn eigentlich?

Die studentischen Vertreter im Senat der Kieler Universität erfuhren von der Raeder-Stiftung nur durch einen Zufall: Im Senat wurde nach langer Zeit wieder ein kurzer Bericht über die Stiftungen gehalten, mit denen die Universität zu tun hat. Offenbar hatte der Name Raeder bisher - wenn er denn überhaupt erwähnt wurde - niemandem etwas gesagt. Erst jetzt räumte der Kanzler auf die Nachfrage, ob das der ehemalige Großadmiral sei, ein, daß es die Gelder eben jenes Mannes seien.

Es ist schon an Unverfrorenheit kaum noch steigerungsfähig, wenn auf der einen Seite eine Stiftung zum Gedenken an die Opfer der Nazi-Barbarei abgelehnt wurde, zum anderen die Universität von Geldern einer als Kriegsverbrecher verurteilten Nazi-Größe profitiert. Man könnte auch sagen, es ist konsequent. Wer Gelder von Kriegsverbrechern annimmt, kann eigentlich guten Gewissens nicht die Opfer der Nazis ehren.

Klarzustellen ist: Mindestens die Universitätsleitung, vermutlich auch die meisten Professoren, haben 1982 gewußt, daß es eine Raeder-Stiftung gibt. Die Entscheidung, die Stiftung für Schücking abzulehnen, erhält dadurch eine völlig neue Dimension.

Für den Allgemeinen Studentenausschuß der Universität ergeben sich zunächst folgende Fragen und Forderungen an die Universitätsleitung und die Philosophische Fakultät. Auch das Kultusministerium wird eine Stellungnahme abgeben müssen:

1. Halten Universitätsleitung und die Verantwortlichen der Philosophischen Fakultät es weiterhin für moralisch vertretbar, die "Raeder-Gelder" in Anspruch zu nehmen?

2. Was waren die Hintergründe für die Annahme der Gelder?

Der ASTA der Kieler Universität fordert:

1. einen unverzüglichen Verzicht darauf, weiterhin Gelder aus dem Kapital von Erich Raeder zu verwenden,

2. eine Zahlung in gleicher Höhe der bisher in Anspruch genommenen Gelder an eine Organisation, die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft betreut.

Die Vertreter der Jungsozialisten im Konvent der Philo-

sophischen Fakultät werden die Ehrung Raeders auf der nächsten Sitzung zur Sprache bringen. Auch der Senat ist zu einer Stellungnahme aufgefordert.

Die Ehrendoktorwürde Erich Raeders muß aberkannt werden!

Ulf Billmeyer / Stephan Krukowska

Senat sieht Raeder-Stiftung als Mahnung für die Universität

Kiel (chr) Aus heutiger Sicht hätte die Universität die Erbschaft der Raeder-Stiftung nicht angenommen. Dies hat der Senat einstimmig beschlossen, bestätigte gestern Uni-Sprecher Gerhard Bagan auf Anfrage.

Die Studentenvertretung hatte im Februar heftig dagegen protestiert, daß das Historische Seminar noch heute Geld aus dem Nachlaß des ehemaligen Großadmirals Erich Raeder erhält. Raeder ist in Nürnberg als Kriegsverbrecher zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Die Ehrenbürgerschaft der Stadt Kiel war ihm Ende 1945 durch einstimmigen Beschluß der Ratsversammlung aberkannt worden.

Im Senatsbeschluß heißt es weiter, man habe zur Kenntnis genommen, daß es keine rechtliche Möglichkeit gebe, das Vermögen auszuschlagen und die Ehrendoktorwürde abzuerken-

nen. Bagan wies aber darauf hin, daß Rektor Jost Delbrück trotz der vorliegenden Gutachten die Rechtsaufsicht im Kultusministerium um ein weiteres Gutachten bitten wolle.

Einstimmig forderte der Senat die Universität auf, die Existenz der Stiftung zum Anlaß zu nehmen, sich mit dem Dritten Reich und seinem geistigen Erbe fortlaufend auseinanderzusetzen. Damit könne die Stiftung eine dauernde Mahnung für die Universität sein, beschloß der Senat.

Als einen ersten Schritt in die richtige Richtung bezeichnete ASU-Sprecher Stephan Krukowska den Senatsbeschluß. Er bezweifelte allerdings, daß es nicht möglich ist, auf das Geld zu verzichten. Die Hintergründe der Entscheidung von 1962, als Rektor und Senat das Erbe angenommen haben, seien immer noch ungeklärt.

Kieler Nachrichten, 13.7.1988

II. 2. Gedenktafel für die "Weiße Rose" in Hamburg

Im September 1987 wurde von der Hansestadt Hamburg an der evangelischen Buchhandlung am Jungfernstieg, früher Agentur des Rauhen Hauses, eine Gedenktafel angebracht (s.u.). Deren Inhaberin Anneliese Tüchel übernahm das Geschäft nach dem Tode ihres Bruders, Reinhold Meyer, im Polizeigefängnis Fuhlsbüttel.

Vom "Hamburger Zweig der Weißen Rose" sprach man erst nach Ende der Nazi Herrschaft. Diese locker zusammenhängende Gruppe bestand vor allem aus Intellektuellen, Studenten, literarisch und künstlerisch interessierten Menschen, die der Wunsch nach Freiheit der Meinung, der Literatur, Kunst und Musik, der Forschung und Lehre verband sowie die gemeinsame Ablehnung des Nazi-Terrors und der Nazi-Ideologie. Die Verbindung nach München wurde durch die Studenten Traute Lafrenz und Hans Leipelt hergestellt, die auch die Flugblätter der Weißen Rose nach Hamburg brachten.

Durch den Verrat eines Spitzels fielen acht Monate nach der Verhaftung der Scholl-Gruppe auch 30 Mitglieder des Hamburger Kreises der Gestapo in die Hände, acht von ihnen überlebten die Haft nicht: Reinhold Meyer (geb. 1920) wurde im Dezember 1943 verhaftet. Er saß zunächst in Fuhlsbüttel in Einzelhaft, wurde im Sommer 1944 für einige Monate in das KZ Neuengamme umgelagert und

starb im November, wieder in Fuhlsbüttel, nachdem er an Diphtherie erkrankt und ohne ärztliche Hilfe geblieben war. Dr. Katharina Leipelt (geb. 1893), nahm sich am 9. Januar 1944 im Gefängnis Fuhlsbüttel das Leben, um dem sicheren Transport nach Auschwitz zu entgehen. Auch Elisabeth Lange (geb. 1900) soll am 28. Januar 1944 in ihrer Zelle Selbstmord verübt haben. Frederik Geussenhainer (geb. 1919) wurde mit anderen Neuengammer Häftlingen in das KZ Mauthausen gebracht, wo er im April 1945 buchstäblich verhungert sein soll. Margarethe Mrosek (geb. 1902) wurde am 21. April 1945 gemeinsam mit 12 anderen Frauen im KZ Neuengamme gehängt, Dr. Curt Ledien (geb. 1893) mit 57 Männern am 23. April. Hans Leipelt (geb. 1921) wurde in München zum Tode verurteilt und am 29. Januar 1945 hingerichtet, Margarethe Rothe (geb. 1919) erkrankte im Frauengefängnis Meusdorf bei Leipzig an TBC und starb wenige Tage vor der Befreiung am 15. April 1945.

Seit einiger Zeit erinnern 11 Straßennamen im Hamburger Stadtteil Niendorf und eine Dokumentation von Schülern des Gymnasiums Ohmoor an Hamburger Frauen und Männer des Widerstands, darunter auch drei aus dem Kreis der Weißen Rose.

Literatur: Ursel Hochmuth und Gertrud Meyer: Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933-1945. Frankfurt / Main 1980. S. 387ff. mit vielen weiteren Literaturhinweisen.

TREFF DES HAMBURGER ZWEIGES DER „WEISSEN ROSE“

In der Buchhandlung dieses Hauses trafen sich während des zweiten Weltkrieges Gegner des NS-Regimes bei dem Junior-Chef und Studenten Reinhold Meyer. Als Widerstandskreis verbreiteten sie u.a. die Flugblätter der „Weißen Rose“ aus München. Ende 1943 verhaftete die Gestapo etwa 30 Angehörige der Gruppe. Durch unmenschliche Haftbedingungen oder Hinrichtung fanden den Tod: Frederik Geussenhainer, Elisabeth Lange, Dr. Curt Ledien, Hans Leipelt, Dr. Katharina Leipelt, Reinhold Meyer, Margarethe Mrosek und Margaretha Rothe.

II. 3. Schleswig-Holsteinische "Pressefreiheit"

Der nachfolgend wiedergegebene Leserbrief wurde den "Kieler Nachrichten" (KN) am 6.3.1988 zur Veröffentlichung eingesandt. Die Redaktion sagte den Abdruck zu, wollte aber wegen "Überlänge" noch einige Kürzungen vornehmen. In Absprache mit dem Verfasser erfolgten dann einige Kürzungen im Ursprungstext. Doch als der Leserbrief endlich zur Veröffentlichung gelangen sollte, waren der Chefredaktion der "Kieler Nachrichten" "Bedenken" gekommen. Offenbar befürchtete man unfreundliche Reaktionen des Kultusministeriums oder der Staatskanzlei. Und die Selbstzensur griff ein - der Leserbrief konnte nicht mehr erscheinen.

Bei dem ganzen Vorgang handelt es sich wohl um ein nicht untypisches Beispiel schleswig-holsteinischer "Pressefreiheit", denn nahezu sämtliche Tageszeitungen im Lande - mit Ausnahme von "Flensburg Avis" - lehnen seit einiger Zeit die Veröffentlichung von Beiträgen ab, die aus der Sicht der fast durchweg konservativ besetzten Chefredaktion "allzu kritisch" sind.

Das INFO dokumentiert den von den "Kieler Nachrichten" nicht veröffentlichten Artikel in voller Länge:

Ideologische Geschichtsbetrachtung - Zum Streit um Erich Hoffman

Es kann nicht überraschen, daß die Pläne, ausgerechnet Professor Erich Hoffmann mit der Herausgabe einer umfassenden Geschichte der Stadt Kiel aus Anlaß der 750-Jahr-Feier 1992 zu beauftragen, für eine öffentliche Debatte um den "entsetzlich konservativen" (KN, 17.2.1988) Historiker gesorgt haben. Doch bevor die Spitzen der Stadt Kiel und die derzeit noch amtierende Landesregierung (als Geldgeberin hinsichtlich der fragwürdigen "Kulturstiftung") eine endgültige Entscheidung über die Beauftragung Professor Hoffmanns fällen, sollten sie sich vielleicht auch einmal mit seinen "Werken" vertraut machen. Denn schon im Umfeld der 700-Jahr-Feier der Stadt Flensburg 1984 hat sich der Kieler Ordinarius insbesondere zur Zeit der NS-Herrschaft in Schleswig-Holstein einschlägig geäußert.

Erschienen sind die fraglichen Ausführungen Professor Hoffmanns in dem schmalen Bändchen "Flensburg in der Zeit des Nationalsozialismus", zusammengestellt von Dieter Pust, Flensburg 1984, S. 49-82. Dort hat Erich Hoffmann in mustergültiger Weise seine Art der Geschichtsschreibung vorgeführt. Schon der Sprachgebrauch ist bezeichnend, wenn Schleswig-Holstein zur Zeit der NS-Herrschaft etwa als "mittelbraun" (S. 52) bezeichnet oder gar zum "norddeutschesten Norddeutschland" (S. 52) stilisiert wird. Doch abgesehen von solchen Stilblüten verdient vor allem das methodische Vorgehen des Universitätsprofessors Beachtung. Denn wie bei einer *raisonnierenden Stammtischrunde* werden die eigenen Kindheits- und Jugenderinnerungen des Hochschullehres mit einigen angelegenen Fakten lustig durcheinandergewirbelt. Dabei gehört es meist schon zum historischen Grundstudium, sich auch mit einigen Methoden der Quellenkritik vertraut zu machen. Und so stellt sich natürlich die Frage, ob der enge Wahrnehmungshorizont zwischen Duborg und Jürgensby, mit dem der junge Erich Hoffmann nach eigenem Eingeständnis in Flensburg aufwuchs, tatsächlich für eine umfassendere Darstellung der Geschehnisse unter der NS-Herrschaft in Schleswig-Holstein ausreicht.

Diese Frage ist umso dringender, als jene Aktenbestände, die Auskunft über die NS-Zeit in Schleswig-Holstein geben könnten, von dem Professor Hoffmann nicht herangezogen wurden. Denn die anstrengende Kleinarbeit mit der zersplitterten Aktenüberlieferung in den Archiven der USA, West- und Nordeuropas, Polens, der DDR und der Bundesrepublik scheint der Kieler Ordinarius ebensowenig nötig zu haben, wie das häufig von Auseinandersetzungen um den Aktenzugang begleitete Studium von Unterlagen im Landesarchiv Schleswig. Auch am Aufspüren von Quellen, die bis heute häufig mit Wissen der derzeitigen Landesregierung von Verwaltungsbehörden der wissenschaftlichen Forschung vorenthalten werden, hat Erich Hoffmann offenbar kein Interesse. Und überhaupt ist der alte Satz "veritas in actis" (Die Wahrheit findet sich in den Akten) nicht seine Sache.

Der Kieler Hochschullehrer Hoffmann ist vielmehr da zu Hause, wo es um ideologische Betrachtungen geht. Und auch mit seinem Aufsatz in dem Flensburger Bändchen war wohl in erster Linie ein Beitrag zur Apologie und Exkulpation vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen intendiert. Diese nämlich wurden vor 1945 - so Hoffmann - "bei der Abschirmung der innerdeutschen KZs wie der auf polnischem Boden liegenden Vernichtungslager überhaupt nicht oder nur als vages Gerücht wahrgenommen" (S. 79). Sind die Häftlinge des KZ Husum-Schwesing also im Herbst 1944 nicht täglich - mit ihren Toten auf den Schultern - durch die Hauptstraßen der nordfriesischen Kreisstadt marschiert? Haben die vielen öffentlichen Erhängungen von Polen und "Ostarbeitern" in Schleswig-Holstein nicht stattgefunden? Und sind die zahlreichen Verurteilungen durch das Sondergericht Kiel wegen der Verbreitung diverser Berichte über die Mordaktionen in Osteuropa eine Fiktion?

Professor Hoffmann wird sicher auch in Zukunft eine Antwort auf diese Fragen schuldig bleiben, stattdessen aber ist er zu der Schlußfolgerung gelangt, daß "der normale deutsche Staatsbürger der Jahre 1933-1945 an den Verbrechen des herrschenden Systems so schuldig oder unschuldig war, wie in früheren Zeiten der französische Durchschnitts-Citoyen an dem Terrorregiment der Jacobiner oder... der Durchschnittsrusse an den Folgen des Gewaltregimes Stalins" (S. 68). Zwar weniger elegant als der Berliner Professor Ernst Nolte mit seinen "geistesgeschichtlichen Diskursen", aber doch für den Hausgebrauch hat der Kieler Professor Erich Hoffmann hier Ansätze zur Relativierung - oder wie es heute so gern genannt wird: "Historisierung" - der NS-Verbrechen geliefert. Und fraglich bleibt nur, ob die Lebensverhältnisse im nationalsozialistischen Deutschland denn tatsächlich mit denjenigen im Frankreich des ausgehenden 18. Jahrhunderts oder der Sowjetunion zur Zeit der stalinistischen Gewaltverbrechen identisch waren ...

Ganz auf der Linie ideologischer Geschichtsbetrachtungen liegt auch Erich Hoffmanns Beschreibung des schleswig-holsteinischen Gauleiters und Oberpräsidenten Hinrich Lohse, dem posthum bescheinigt wird: "Persönlich zu verantwortende Ummenslichkeiten und besonders kriegsverbrecherisches Handeln hat man Lohse nach dem Zusammenbruch von 1945 wohl nicht nachweisen können..." (S. 52). Dabei verurteilte ein Spruchgericht den ehemaligen Gauleiter und Oberpräsidenten 1948 wegen seiner Beteiligung an zahlreichen NS-Verbrechen zur Höchststrafe von zehn Jahren Gefängnis. Denn ob es sich um die Durchführung der nationalsozialistischen Mordaktionen an Behinderten und

Kranken in Schleswig-Holstein, die Verfolgung einzelner Regimegegner oder die Vernichtung der europäischen Juden handelte, stets war auch Hinrich Lohse dabei - und es ging "alles exakt seinen Dienstweg" (S. 52), wie Erich Hoffmann festgestellt hat. Im Baltikum und Weißrußland etwa, wo Lohse von 1941 bis 1944 als "Reichskommissar für das Ostland" wirkte, organisierte er mit seinen schleswig-holsteinischen Verwaltungsstäben die Gettoisierung und Ausplünderung Hunderttausender von Juden vor ihrer Ermordung durch die "Einsatzgruppen". Und selbst bei dem Massaker im Wald von Bikerni bei Riga, wo zwischen dem 29.11. und 9.12.1941 27.800 Juden abgeschlachtet wurden, war Hinrich Lohse persönlich anwesend. Erich Hoffmann aber stellte ihm noch 1984 einen "postmortalen Persilschein" aus!

Vor diesem Hintergrund kann es auch nicht Wunder nehmen, daß die zeitgeschichtlichen "Werke" des Kieler Universitätsprofessors nördlich der deutsch-dänischen Grenze und südlich der Elbe schon seit langem nur noch mit Kopfschütteln und Hohngelächter quittiert werden. Und lediglich im Lande selbst konnte sich Erich Hoffmann auf Vermittlung des derzeitigen Kultusministers und der einschlägig bekannten Staatskanzlei während der vergangenen Jahre noch als Festredner profilieren - frei nach dem Motto: "Ist der Ruf erst ruiniert, lebt sich's gänzlich ungeniert." Aus Dankbarkeit für den stets dienstbereiten Vertreter ideologischer Geschichtsauffassungen, der gelegentlich auch ganz offen Wahlkampf für die CDU treibt, soll der Professor nun gar zum Großordinarius befördert werden, indem man ihm die Leitung eines "Uwe-Jens-Lornsen-Instituts" für Landeskunde übertragen will. Und so bleibt nur die Hoffnung, daß eine künftige Landesregierung nach dem 8. Mai diesem Treiben ein rasches Ende bereiten wird.

Bei alledem konnte dann auch der Versuch einer Ehrenrettung für den "hochqualifizierten Wissenschaftler" Hoffmann durch seinen Beinahe-Assistenten Frank Lubowitz (KN, 1.3.1988) nur zur Peinlichkeit geraten und mußte zudem den Eindruck hinterlassen, daß hier der akademische Zögling "his masters voice" vernommen hat. Gerade die Stadt Kiel aber ist durch die sprichwörtlich gewordenen "Kieler Verhältnisse" in den Landesbehörden am Ort schon genug gebeutelt. Und es steht daher zu hoffen, daß ihr wenigstens Erich Hoffmann als Stadtgeschichtsschreiber erspart bleibt.

Klaus Bästlein

II. 4. Norderstedter Gedenkstein für das KZ Wittmoor enthüllt.

Am 29.5.1988 wurde in der Glashütter Feldmark am Weg "Am Wittmoor" der Norderstedter Gedenkstein für das Konzentrationslager Wittmoor enthüllt. In Anwesenheit von rund 50 Bürgern, Kommunalpolitikern und betroffenen Zeitzeugen wies der Norderstedter Bürgermeister Dr. Volker Schmidt auf die Notwendigkeit aktiver Vergangenheitsbewältigung hin. "Gedenksteine stehen gegen Gedankenlosigkeit", betonte der Bürgermeister und bedauerte, daß Existenz und Geschichte des Konzentrationslagers Wittmoor mehr als 50 Jahre verdrängt und vergessen waren.

In der Tat wußte bis vor drei Jahren kaum jemand im Norderstedter Raum etwas über die Geschichte dieses ersten Hamburger

Konzentrationslagers, das nur wenige Monate kurz nach der Machtergreifung bestanden hatte - oder wollte nichts (mehr) davon wissen.

Dann stieß die Projektgruppe "Nationalsozialistischer Alltag in Hamburg und Umgebung" des Fachbereichs Jugendbildung zufällig auf Spuren dieses Konzentrationslagers in unmittelbarer Nachbarschaft und begann - unterstützt durch Zeitzeugen - die einjährige Spurensuche in Sachen Wittmoor.¹

Das Konzentrationslager Wittmoor war im April 1933 von der Hamburger Polizeibehörde in einem stillgelegten Torfverwertungsbetrieb im Wittmoor errichtet worden, um die kurz nach der Machtergreifung unter dem Vorwand der "Schutzhaft" verhafteten politischen Gegner der Nationalsozialisten, also vor allem Kommunisten, Sozialdemokraten und Intellektuelle unterzubringen und bei harter Arbeit "umzuerziehen", wie es offiziell hieß. Anfangs mit einem Aufbaukommando von 20 Häftlingen - vorwiegend Handwerker - belegt, die die teilweise verfallenen Gebäude notdürftig herrichteten, waren in den Sommermonaten des Jahres 1933 hier bis zu 140 Häftlinge untergebracht, die in der Torfgewinnung und -verwertung eingesetzt wurden.

Während die Polizeibehörde noch im Spätsommer 1933 Pläne zum Ausbau des Lagers für die Unterbringung von bis zu 800 Personen entwickeln ließ und der Finanzdeputation vorlegte, wurde vom Reichsstatthalter Karl Kaufmann bereits die Schließung des Lagers angeordnet, weil ihm das Leben im Lager zu lasch erschien. Die angestrebte und ab 1934 realisierte Vereinheitlichung des Systems der Konzentrationslager unter Führung der SS sowie die mit dem Ausbau des Lagers verbundenen Kosten waren sicher zusätzliche Gründe für die Schließung des KZ Wittmoor.

Am 17.10.1933 wurden die Insassen des KZ Wittmoor in das Hamburger Konzentrationslager Fuhlsbüttel überführt und das Lager geschlossen.²

Die Spurensuche der Projektgruppe stieß durchaus nicht auf ungeteilten Beifall der Norderstedter Bürger: Auf mehrfache Aufrufe in der Lokalpresse hin meldeten sich ausschließlich Betroffene als Gesprächspartner und Zeitzeugen, also ehemalige Insassen des KZ oder deren Angehörige - damalige und heute noch lebende Anwohner meldeten sich nicht. Stattdessen wurde mehrfach mehr oder weniger deutlich signalisiert, daß die Bemühungen um die Geschichte dieses Konzentrationslagers in unmittelbarer Nachbarschaft bestenfalls überflüssig, wenn nicht gar eine Anmaßung oder Provokation seien. Selbst einzelne Kommunalpolitiker konnten sich den indirekten Hinweis nicht verkneifen, daß es doch - soweit bekannt - keine Todesopfer in Wittmoor gegeben hätte und die Behandlung im KZ Wittmoor doch vergleichsweise human gewesen sei (Was Zeitzeugen im Vergleich zu späteren KZ-Erfahrungen bestätigen); da sei es doch überflüssig, noch irgend etwas zu tun.

Um so erfreulicher ist es, wenn nach nunmehr drei Jahren politischen Tauziehens die Stadt Norderstedt mit dem jetzt errichteten Gedenkstein ein Bekenntnis zur Vergangenheit abgelegt.

Bereits im Juli 1985 (!) hatte die Fraktion der FDP der Norderstedter Ratsversammlung den Antrag gestellt, zum Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in der Eingangshalle des Rathauses eine Gedenktafel zu errichten und zu

diesem Zweck einen Kunstwettbewerb auszuschreiben. Die SPD schlug vor, eine solche Gedenkstätte in konkrete lokale Bezüge zu stellen und auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Wittmoor zu errichten. Zu einer Abstimmung über beide Anträge kam es nicht, sie wurden zur Beratung an den Kulturausschuß verwiesen. Im Herbst 1986(!) wurde die Projektgruppe gebeten, im Kulturausschuß die Ergebnisse ihrer Spurensuche über das KZ Wittmoor vorzutragen. Im Anschluß daran entschied sich die Stadt Norderstedt, die Existenz des Konzentrationslagers Wittmoor zum Anlaß zu nehmen, der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken.

Im Januar 1987 wurde im Kulturausschuß beschlossen, im Wittmoor einen Gedenkstein mit folgendem Text zu errichten:

"Wir gedenken der 6 Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden, der Opfer des Widerstandes, der ermordeten Sinti und Roma, der getöteten Homosexuellen, der umgebrachten Geisteskranken, der Menschen, die um ihrer religiösen oder politischen Überzeugung willen sterben mußten.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker am
8.5.1985

In Erinnerung an das Lager Wittmoor"

Doch auch diese der vielbeachteten Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker entnommene "Kompromißformel" stieß offensichtlich nicht bei allen Norderstedter Bürgern auf Zustimmung: Die Politiker der Mehrheitsfraktionen blieben der Gedenkstätte - wie auch anderer Veranstaltungen zum KZ Wittmoor - mehrheitlich (zufällig?) fern. Und im "Norderstedter Anzeiger" vom 8. 6.1988 erschien - nachdem Lokalzeitungen über die Gedenkstätte berichtet hatten - der nebenstehende Leserbrief. Insofern bleibt abzuwarten, ob der Gedenkstein Anlaß zur Hoffnung auf eine aktive Auseinandersetzung mit der jüngeren deutschen Geschichte ist oder jetzt ein neuer Abschnitt deutscher Geschichtsverdrängung beginnt.

Da tröstet es wenig, wenn auch der auf der "Hamburger Seite" vom Ortsausschuß Walddörfer im Oktober 1986 aufgestellte Gedenkstein seine traurige Vorgeschichte hat. Nachdem über 50 Jahre die Existenz des Konzentrationslagers Wittmoor in der Öffentlichkeit nirgendwo erwähnt wurde, stellte im März 1985 die Grün-Alternative Liste (GAL) im Ortsausschuß Hamburg-Walddörfer den Antrag, der Ortsausschuß möge beschließen,

1. der Ortsausschuß Walddörfer spricht sich dafür aus, am Wittmoor ein Mahnmal (Gedenkstein, Hinweistafel oder Ähnliches) zu errichten, das darauf hinweist, daß 1933 im Wittmoor eines der ersten Konzentrationslager in Deutschland errichtet wurde.
2. Der Ortsausschuß Walddörfer führt gemeinsam mit örtlichen Friedensinitiativen und antifaschistischen Verbänden eine Eröffnungsveranstaltung zu diesem Mahnmal durch.

Während der erste Punkt dieses Antrages im Ortsausschuß ein-

Betr. Ausgabe v. 1. Juni, Seite 1:

Mahnung am Wittmoor — Ein Platz zum Nachdenken

Mit Interesse habe ich den oben bezeichneten Artikel gelesen und bin sehr erstaunt über die unrealistische Einseitigkeit. Das kann man von den dort bezeichneten Vertretern auch nicht anders verlangen. Nachdem der Stadtstaat Hamburg in seinem Teil des Wittmoors vor Jahren schon einen KZ-Gedenkstein aufstellte, konnte Norderstedt sich nicht lumpen lassen und tat jetzt desgleichen. Trotz Ebbe in der Stadtkasse ist wohl immer noch Geld zum Verschenden übrig, wenn es um das Bewältigen »der braunen Vergangenheit« geht. Ein Stein genügt wohl nicht.

Oftmals sind es gerade die Veranstalter solcher Gedanken, die sich mit Steinsetzen selbst ehren wollen.

Für Politiker ist es recht wirksam: Das treusorgende Stadtoberhaupt hält mit Kränzchen und Schleifen eine rührende Rede über die armen Opfer des Nationalsozialismus, wobei viele verwischt wird, worüber man

Leser- Meinung

eigentlich nachdenken sollte. Heuchelei ist immer dabei, wenn Märtyrerlegenden gesponnen werden. Wer wünscht sich denn im Ernst z. B. einen schwulen Bundespräsidenten oder ein Regierungskabinett, zusammengesetzt aus Zigeunern und

Asozialen, oder eine staatstragende kommunistische Partei? Außer den Grünen und einigen marxistisch Verbohrten gibt es da wohl niemanden. In der gegenwärtigen Phase von Glasnost und Perestroika, wo auch wieder die Verbrechen des Diktators Stalin angeprangert werden, sollten sich auch die Anhänger der DKP und des VVN überlegen, was geschehen wäre, wenn statt Hitler der damalige Führer der deutschen Kommunisten, Ernst Thälmann, die Macht ergriffen hätte. Verhaftungen und Folter nach sowjetischem Vorbild wären die Folge gewesen, und das Blut wäre nicht zu knapp geflossen. Auch sei daran erinnert, daß die national-sozialistische Bewegung in ihrer Kampfzeit durch sozialdemokratischen und kommunistischen Terror über 400

Tote zu beklagen hatte. Wurde dafür etwa von linker Seite eine Begnadigung erwartet?

Über vierzig Jahre nach Kriegsende reisen deutsche Politiker in den faschistisch regierten Judenstaat Israel und machen dort mit Kränzchen und Schleifen Kniefälle vor Mahnmälern für die Opfer national-sozialistischer Verbrechen. Wer gedenkt eigentlich der arabischen Opfer in den von Israel zu Unrecht besetzten Territorien? Glauben diese Wallfahrer und Steinchensetzer, die sich im Büßergewand so außerordentlich »chic« vorkommen, daß ihre Rolle zeitgemäß ist und daß ihre Scheinheiligkeit von den Bürgern ernst genommen wird? Mir jedenfalls erscheint diese Art Vergangenheitsbewältigung so ekelhaft unaufrichtig.

stimmig angenommen wurde, lehnten SPD und CDU die Beteiligung der "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" (VVN) sowie der Walddörfer Friedensgruppen ab. Im "Ausschuß für Allgemeines" einigten sich CDU, SPD und FDP auf folgenden Text der Gedenktafel:

"1933 entstand hier im Wittmoor auf dem Gelände der ehemaligen Torfverwertungsanlage eines der ersten Konzentrationslager der nationalsozialistischen Diktatur.

7 Monate lang wurden an diesem Ort bis zu 140 Kommunisten, Sozialdemokraten und religiös Verfolgte in Haft gehalten und zu harter Arbeit gezwungen.

Im Oktober 1933 wurde das Lager aufgelöst und die Häftlinge in das Konzentrationslager Fuhlsbüttel überführt.

Uns allen zur Erinnerung und Mahnung."

Kurze Zeit später wurde dieser Beschluß nach inoffiziellen Absprachen zwischen den beiden großen Parteien verändert. Der Text lautete nun:

"1933 entstand hier im Wittmoor auf dem Gelände der damaligen Torfverwertungsanlage eines der ersten Konzentrationslager der nationalsozialistischen Diktatur.

7 Monate lang wurden an diesem Ort bis zu 140 Menschen wegen ihrer politischen Überzeugung und ihres Glaubens in Haft gehalten und zu harter Arbeit gezwungen. Im Oktober 1933 wurde das Lager aufgelöst und die Häftlinge in das Konzentrationslager Fuhlsbüttel überführt.

Uns allen zur Erinnerung und Mahnung."

Im Ausschuß war lange unstrittig, daß die politischen Überzeugungen, deretwegen die von den Nazis Verfolgten 1933 inhaftiert worden waren, in der Inschrift des Gedenksteins zum Ausdruck kommen sollte. Jetzt entschied sich die SPD, die zu Beginn der faschistischen Diktatur gemeinsam mit den Kommunisten erlittene politische Verfolgung auszublenden und in der bewußt unspezifischen Formulierung "wegen ihrer politischen Überzeugung" aufzuheben.

Im folgenden entstand zwischen den beteiligten Fraktionen im Ortsausschuß Walddörfer auch heftiger Streit über die Gestaltung der Feierstunde zur Enthüllung des Gedenksteins. Die Beteiligung der VVN, vertreten durch den ehemaligen Wittmoor-Häftling Emil Heitmann wurde von der CDU mit dem Hinweis abgelehnt, bei der VVN handele es sich ohnehin nur um Kommunisten. So fand die Übergabe des Gedenksteins ohne einen Redebeitrag eines ehemaligen Insassen des KZ Wittmoor statt. GAL und VVN führten eine eigene Veranstaltung durch, an der Vertreter von CDU und SPD nicht teilnahmen.

Mindestens diese Peinlichkeit haben sich die Norderstedter erspart. Am 29.5.1988 wurde das vor den Gedenkstein vom Bürger-

meister gelegte Blumengebinde der Stadt Norderstedt rechts und links gerahmt von den Blumen des DKP-Ortsvorstandes und der VVN.

Anmerkungen:

1. Ein Kurzbericht über diese Projektarbeit mit Jugendlichen erschien im AKENS-INFO Nr. 10 (1987), S. 12-18.
2. Zur Geschichte des Konzentrationslagers Wittmoor vgl. Willy Klawe: "Im übrigen herrscht Zucht und Ordnung." - Zur Geschichte des Konzentrationslagers Wittmoor. Hamburg 1987.
Ders.: Wittmoor - Das erste Konzentrationslager Hamburgs.
In: Heimatkundliches Jahrbuch für den Kreis Segeberg 1987. S. 184-193.

Eine Ausstellung über die Geschichte des Konzentrationslagers Wittmoor ist kostenlos zu entleihen. Der Fachbereich Jugendbildung der Volkshochschule Norderstedt (Rathausallee 50, 2000 Norderstedt) hat die Ergebnisse der Spurensuche zum Konzentrationslager Wittmoor in einer Ausstellung zusammengefaßt, die kostenlos entliehen werden kann. Die Ausstellung umfaßt zehn Tafeln 80 x 100 cm (Querformat) und schildert die kurze Geschichte des Lagers anhand der Aussagen verschiedener Zeitzeugen. Die Tafeln enthalten Texte und Fotos und geben Originaldokumente der damaligen Zeit wieder. Anfragen und Terminwünsche sind an die o. g. Anschrift zu richten.

Willy Klawe

II. 5. Vöhrjahrsurlaub in Husum - Eine plattdeutsche Sendung des NDR über die nordfriesischen Konzentrationslager.

Nordfriesland ist für den Norddeutschen Rundfunk eine "terra inkognita", ein "unbekanntes Gebiet" also - oder auch ein weißer Fleck. Schon im Zuge der "Regionalisierung" des Senders vor einigen Jahren wurde die schleswig-holsteinische Westküste bei der Einrichtung neuer Studios kurzerhand übergangen, und Sendungen aus dem Land zwischen Eider und Wiedau sind eine Seltenheit. Seit Jahren weigert sich das Funkhaus Kiel beharrlich, Radiobeiträge in friesischer Sprache auszustrahlen. Denn was zwar für Arbeitsemigranten aus der Türkei und anderen Ländern unterdessen - glücklicherweise - ganz selbstverständlich ist, nämlich Sendungen in der eigenen Sprache, soll für die friesische Volksgruppe, also die einzige autochtone Minderheit in der Bundesrepublik, nicht gelten. "Friesisch hat einen Ausschalt-effekt", meinen die NDR-Gewaltigen. Und damit basta.

Auch als sich am 30. Januar 1983 nahezu 1.000 Menschen im "Husum Hus" versammelten, um Berichte von überlebenden Häftlingen und Historikern über die nordfriesischen Konzentrationslager zu hören (vgl. den Beitrag in den Grenzfriedensheften 1/1983, S. 32-36), erregte der NDR vor allem durch Inkompetenz und eine dürftige Berichterstattung Aufsehen. Ganz anders reagierten dagegen Danmarks Radio und insbesondere Radio Syd: Nahezu "flächen-deckend" haben dänische Rundfunk- und Fernsehjournalisten in den vergangenen Jahren die Geschehnisse in den nordfriesischen Konzentrationslagern dokumentiert (vgl. nur den Bericht in den

Grenzfriedensheften 3/1986, S. 170-174). Alle Versuche, ebenfalls den NDR zu einer umfassenderen Berichterstattung über die Konzentrationslager Husum-Schwesing und Ladelund zu bewegen, schlugen hingegen fehl. Denn auch zeitgeschichtliche Themen waren im Funkhaus Kiel bislang offenbar weitgehend tabu.

Daher mußte es zunächst überraschen, als von der "Welle Nord" am 5.3.1988 zwischen 19,05 und 20,00 Uhr in der populären Sendereihe "Bi uns to Hus" ein Beitrag über die nordfriesischen Konzentrationslager ausgestrahlt wurde. Doch wie sich bald erwies, ist die Autorin dieser Sendung gar keine Redakteurin des NDR, sondern als freie Mitarbeiterin von Radio Bremen offenbar einen anderen Umgang mit der Geschichte gewohnt. Und der Beitrag der in Hamm/Westfalen lebenden Gunda Wirschun beginnt ganz verhalten: Sie hatte im Frühjahr 1987 mit Mann und Kind Urlaub in Husum gemacht, zur besten Jahreszeit also Deiche, Fischbuden und Storm-Stätten in Augenschein genommen. "Storm allerwegens", bemerkt sie über die nordfriesische Kreisstadt. Doch in einer Buchhandlung fiel ihr dann zufällig ein unscheinbares braunes Heft in die Hände: "Das KZ Husum-Schwesing. Außenkommando des Konzentrations-lagers Neuengamme. Materialien zu einem dunklen Kapitel nordfriesischer Geschichte" (vgl. die Rezension in den Grenzfriedensheften 2/1984, S. 154-158).

Beim Lesen erinnert sich die Autorin an den Kirchhof in ihrer eigenen Heimat. Dort tragen 180 kleine Steine die Namen von Polen und Bürgern aus der Sowjetunion, die zwischen Herbst 1944 und Frühjahr 1945 umkamen - in einem "Krankenhaus für lungenkranke Fremdarbeiter" aus ganz Norddeutschland, wie ihr der zuständige Oberkreisdirektor später auf Anfrage mitteilte. Im Frühjahr 1987 steht Gunda Wirschun auf dem Husumer Ostfriedhof - und hat nach einigem Suchen die Gräber der KZ-Opfer gefunden. Auf einer Betonplatte sind die Herkunftsländer der Toten vermerkt. Und nur die Opfer der Sowjetunion bleiben hier bis heute unerwähnt.

Ingvar Ambjörnson zitiert in der Radiosendung aus jenen Versen über den "Muselmann", die der große norwegische Dichter Arnulf Øverland als Häftling im KZ Neuengamme niederschrieb. Jede Wendung des in ebenso stimmhaften wie melodischem Norwegisch vorgetragenen Gedichts geht unter die Haut. Gunda Wirschun stellt sich vor, wie das in Husum gewesen sein mag, als die KZ-Häftlinge im Herbst 1944 durch die Straßen zogen. In ihrem Sendemanuskript heißt es:

"Of dat wirlich Lüüd geven hett, de dor nix wüssen in de lüttje Stadt? Ik denk eder, as männicheen dor lever nix vun weten wull - denn wat harrn se maken schullt, en groden Opstand? De Froonslüüd, de Olen und Kinner, de 'Unabkömmlichen', wat harrn se doon schullt as ohnmächtig tokieken, wenn de Kolonnen von ut-hungerte Mannslüüd dör Husum trocken, veele sick knapp op de Benen holen kunnen, z'morgens op de Weg na de 'Arbeit' an den Freesenwall, z'avens den Weg trücht, de, de den Daag nich överleevt harrn, doot op de Schullern. Se marscheren, se torkeln dör de Herzog-Adolf-Straat Richtung Rödemis, hen un trücht, hen un trücht. An de Straat stünnen Minschen mit grode Oogen op de 'Verbreker', de jehr Vaderland in'n Rück fullen weern, as dat in hööchste Noot weer. So heet dat. Verbreker, allns Verbreker, Banditen, Pack, Saboteure, kiek se di an, se hebbt dat nich anners verdeent."

Intuitiv ist die Autorin damit auf einen zentralen Aspekt in der Geschichte der nordfriesischen Konzentrationslager eingegangen, nämlich auf die Frage nach der Reaktion der einheimischen Bevölkerung angesichts des Massenelends der Häftlinge. Dabei könnten zu dieser sozialgeschichtlich bislang vollkommen unbearbeiteten Thematik gerade in Nordfriesland wohl heute noch aufschlußreiche Ergebnisse von exemplarischer Bedeutung gewonnen werden. Denn die relativ konstante Bevölkerungsentwicklung würde systematisch angelegte zeitgeschichtliche Befragungen zu den Geschehnissen im Herbst und Winter 1944 begünstigen. Aber die Perspektiven für eine weitere Erforschung der nordfriesischen Konzentrationslager sind eher schlecht: Weder stehen entsprechende Finanzmittel zur Verfügung, noch dürfen von der "Landesuniversität" Kiel irgendwelche Impulse erwartet werden. Dort nämlich befaßt man sich zwar mit allen erdenklichen historischen Fragestellungen, aber die Zeit des Nationalsozialismus bleibt auch künftig ausgeklammert (vgl. "Geschichte in Kiel. Forschungen und Forscher", hrsg. vom Historischen Seminar der Christian-Albrechts-Universität, Kiel 1987).

Für Gunda Wirschun ist dagegen schon ihr Urlaub im Frühjahr 1987 zu einer Reise in die jüngste Vergangenheit geworden. So besucht sie auch das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Ladelund. Die Autorin bemerkt den krassen Widerspruch zwischen dem Geschehen vor 44 Jahren, als hier die Menschenwürde mit Füßen getreten wurde, und der Inschrift: "Die Würde des Menschen ist unantastbar." Der erste Satz des Grundgesetzes, der wie kein anderer den Bruch mit der nationalsozialistischen Vergangenheit dokumentiert, wird also zu einem Stein des Anstoßes und des Nachdenkens.

Überrascht ist die Autorin von der großen und gepflegten Anlage für die 298 KZ-Opfer auf dem Ladelunder Friedhof, wo sogar die Namen und Herkunftsorte der Toten vermerkt sind. "Jümmer wedder is een Naam to leesen: Putten in Holland." Und in der Radiosendung wird folgerichtig auch ausführlich auf das Geschehen in dem niederländischen Flecken im Herbst 1944 eingegangen. Weiterhin läßt die Autorin einen Sprecher aus den Eintragungen von Pastor Meyer über das Konzentrationslager in der Ladelunder Kirchenchronik zitieren. Dabei wird die quellenkritische Studie des Flensburger Historikers Dr. Jörn-Peter Leppien zu Grunde gelegt (s. Grenzfriedenshefte 3/1983, S. 143-185, auch als Sonderdruck).

Später besucht Gunda Wirschun selbst Putten. Sie schämt sich für das, was man dem niederländischen Lidice oder Oradour im deutschen Namen angetan hat: "Du doch nich, segg ik to mi, nich dien Mann, dat Kind dorbi, Versöhnung. Un doch ik. Un doch." Die Autorin macht deutlich, daß es eine "Gnade der späten Geburt", wie sie der Bundeskanzler für sich in Anspruch nehmen möchte, nicht geben kann. Aber sie hütet sich auch vor der selbstgerechten Pose des Anklägers gegen die ältere Generation.

Am Schluß ihrer Sendung zitiert Gunda Wirschun aus einem Bericht der "Husumer Nachrichten" vom April 1987. Im Ortsteil Kielsburg, an der B 200 zwischen Husum und Schwesing gelegen, probt man den Aufstand gegen eine Unterkunft für Asylanten: "Befürchtungen wie 'Wir können unsere Kinder nicht mehr allein zu Hause lassen' und 'Unsere Frauen sind ungeschützt' werden laut, bis hin zu Ängsten vor Überfällen, Homosexualität und der Verbreitung von Aids. Der Fahrradweg führe direkt an dem Parkplatz des ehemaligen Hotels vorbei. Kinder und Frauen könnten dort im

Dunkeln nicht mehr allein vorbeifahren. 'Die Asylbewerber schlafen bis mittags und sind nachts auf Tournee.'" Rassismus und Fremdenfeindschaft keimen über 40 Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft in unmittelbarer Nachbarschaft des ehemaligen KZ Husum-Schwesing wieder auf.

Und doch wird Ende November 1987 eine Gedenkstätte auf dem Lagergelände der Öffentlichkeit übergeben (vgl. den Bericht in Grenzfriedenshefte 1/1988, S. 42-49). Gunda Wirschun berichtet auch über dieses Ereignis. Die Konzeption für das Mahnmal, aus dem in der Radiosendung ausführlich zitiert wird, hat ihr durchaus eingeleuchtet. Und doch bleibt die Autorin gegenüber Ritualen der "Vergangenheitsbewältigung" skeptisch: "Ik stell mir vör, de Husumer wütt sich freihet hebben, as de ganze Rummel vöröwer weer."

Wie recht Gunda Wirschun mit ihrer Vermutung behalten sollte, zeigt ein Vorfall im März 1988. Als sich nämlich ein überlebender dänischer KZ-Häftling bei der Tourist Information in Husum nach dem Weg zu der Gedenkstätte erkundigen will, erhält er keine Auskunft, denn das Mahnmal sei - so wörtlich - "keine Stelle für Touristen" (s. Flensburg Avis vom 27.4.1988). Husums Bürgermeister hat sich unterdessen schriftlich für das Verhalten seiner Mitarbeiter entschuldigt.

Zusammenfassend kann man Gunda Wirschuns plattdeutsche Sendung über die nordfriesischen Konzentrationslager nur in den höchsten Tönen loben. Denn die historischen Geschehnisse werden nicht nur verlässlich und nahezu vollkommen exakt geschildert, sondern durch die hohe Sensibilität und das große Einfühlungsvermögen der Autorin auch nachvollziehbar und begreiflich gemacht. Der eigene kritische Standpunkt hat es Gunda Wirschun darüber hinaus ermöglicht, manche Linien bis in die Gegenwart zu ziehen und die häufig widersprüchlichen Prozesse beim Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit aufzuzeigen. Auf jede billige Effekthascherei wurde dabei ebenso verzichtet wie auf simplifizierende und vorgeformte Antworten. Gunda Wirschun hat sich vielmehr selbst mit den Geschehnissen auseinandergesetzt und sie erfahrbar gemacht. Das sich dazu die plattdeutsche Sprache in besonderer Weise eignet, hat sie mit ihrer Sendung zudem demonstriert.

An den deutschen Schulen in Nordfriesland konnte bislang schon auf Grund mangelnder Lehrmittel nur wenig über die Geschehnisse unter der NS-Herrschaft vor Ort unterrichtet werden. Gunda Wirschuns Radiosendung ist aber auch für den Einsatz im Schulunterricht vorzüglich geeignet. Und die neue Schleswig-Holsteinische Kultusministerin aus Hamburg sollte daher ruhig auf etwas "Entwicklungshilfe" von einer Autorin aus Westfalen zurückgreifen. Solange nämlich das Funkhaus Kiel kurzerhand gewisse Abschnitte der Geschichte, bestimmte Regionen und ganze Sprachen ignoriert, wird man in Schleswig-Holstein auch weiterhin auf Importe aus den Gebieten südlich und nördlich der Landesgrenzen angewiesen sein.

Klaus Bästlein